

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2,70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 123.

Donnerstag, den 23. Oktober 1919.

19. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Anwendung der Reichsverordnung vom 28. August
und 27. September d. J. betr. Abschaffung der Einschränkungen
im Stoffgebrauch, sowie Gebrauch und Herstellung
von Rollvorhängen und dergleichen, wird von dem Herrn
Kommandierenden General des französischen Besatzungsheeres
genehmigt.

Die Einfuhr der von der Firma Hindauer zu München
herausgegebenen Schulbücher von Zeitel Hofmann „Deut-
sches Lesebuch für höhere Schreibrufen, I, II, und III.
Teil, Ausgabe für die Pfalz (ausgemergelte Ausgabe) ist
vom 15. Oktober d. J. ab genehmigt.

Das Einfuhrverbot vom 2. März d. J. über die unau-
sgemergelte Ausgabe bleibt dauernd in Kraft.

Le Commandant de Juvigny

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne)
signé: de Capitaine Baissac.

Die deutsche Wirtschaftslage.

Das Programm des Reichswirtschafts-
ministeriums.

Ueber das Programm des Reichswirtschaftsmini-
steriums machte Unterstaatssekretär Professor Hirsch in
Erklärung zu der Rede des Reichswirtschaftsmini-
sters Schmidt vor dem Zentralverband des deutschen
Großhandels vor Vertretern der Presse folgende Aus-
sagen:

Die deutsche Wirtschaftslage wird im Ausland
sowohl wie im Inland vielfach noch falsch beurteilt.
Nach jedem Abstieg im ersten Halbjahr 1919 steht die
deutsche Volkswirtschaft im Zeichen einer Befes-
serung. Die Arbeitsintensität in der Kohlenpro-
duktion und Warenausfuhr, soweit letztere sich amt-
lich beurteilen läßt, steigert sich trotz aller Hemmun-
gen von Monat zu Monat. Der Prozeß der wirt-
schaftlichen Gesundung wäre sicherlich noch viel weiter
vorgegangen, wenn es schon gelungen wäre, das Loch
im Westen, das das gegenwärtige Reichswirtschafts-
ministerium bei seiner Amtübernahme weitläufig
vorhanden zu finden und Kohlenkredit in ausreichendem
Maße zu erhalten.

Im Binnenlande wird nicht nur die wirtschaft-
liche Lage, sondern auch die Wirtschaftspolitik der
Reichsregierung vielfach noch von irrigen Gesicht-
punkten beurteilt. Eine vollkommen planlose Frei-
heit für alle wirtschaftlichen Kräfte ist weder beab-
sichtigt noch möglich. Die Reichsregierung verfolgt nicht
die Planwirtschaft, auch nicht die planlose, sondern
eine planmäßige Wirtschaft nach den Erfordernissen
der neuesten Wirtschaftsentwicklung. Diese aber macht
ein Arbeiten nach irgendwelchen starren Richtlinien
unmöglich, wenn sie auch schon Anlässe zu organisatorischer
Weiterentwicklung deutlich hervorbringt. In
der Entwicklung der inneren Wirtschaft
bringen die neuen Erscheinungen auf dem Arbeits-
markt, insbesondere die Verschiebung des Marktver-
hältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, neue
Tendenzen. So zeitigt die veränderte Arbeitsmarkt-
lage eine deutliche Stärkung der Klein- und
Mittelbetriebe.

Der letzte Verbraucher kommt bei der Selbst-
verwaltung der Industrie gar zu oft zu kurz. Ihn
muß und kann die Regierung bei dauernd schlechtem
besetzten Märkten zu schätzen suchen. Wo Angebot
und Nachfrage sich annähernd die Waage halten oder
wo die staatliche Macht nicht mehr stark genug war,
um die Wirtschaft durchzuführen, mußte man
von der Zwangswirtschaft abgehen. Die Vor-
gänge haben aber auch deutlich gezeigt, daß eine
vorsichtige Überleitung in freiere Formen des Wirt-
schaftslebens bei jedem Abbau der Zwangswirtschaft
erforderlich ist.

Der Verbraucherschutz baut sich auf einer besse-
ren Überwachung der Preisbildung und auf
einer Vorsorgepolitik für die minder bemittelten Volks-
schichten. Das Preisprüfungsverfahren muß in enger Ver-
bindung mit den Berufsvertretungen von Gewerbe
und Handel weiter entwickelt werden. Dabei muß auch
die Preispolitik der Verbände durch eine zentrale
Preisprüfung überwacht werden. Zur Bekämpfung des
Schleichhandels wurde die Mitwirkung der Arbeiter-
schaft gewonnen. Zugleich mit der zentralen Preis-
bildung muß auch eine mehr zentrale Regelung der
Bohnenentwicklung angestrebt werden.

Zur Steigerung der Arbeitswilligkeit und Arbeits-
leistung muß unter Fortführung der bisherigen Po-
litik des Reichswirtschaftsministeriums auch weiter alles
geschehen um eine möglichst verbesserte Ernäh-
rung sicherzustellen.

Die weniger scharfe Ausmahlung des Brotmehles
ist ein weiterer, durch Gesundheitsrückichten un-
bedingt notwendiger Schritt auf diesem Wege. Die Au-

schaffe zur Verbilligung der Lebensmittel, obwohl viel-
leicht nicht ganz unbedenklich, werden vom Auslande
nachgeahmt. Wichtiger werden die organisatorischen
Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der
minder bemittelten Bevölkerung sein. Eine Förde-
rung des Genossenschaftswesens wird der
Warenverteilung zugute kommen; im übrigen sind Er-
leichterungen für den Binnenhandelsverkehr beabsich-
tigt, insbesondere die Freilassung von der Konzes-
sionspflicht. Wo die Versorgung der minder bemittel-
ten Bevölkerung nicht in zweckmäßiger Weise durchge-
führt wird, muß gegebenenfalls Kommunalisierung oder
Sozialisierung erfolgen.

Die Sozialisierung kann bei der gegenwärtigen
Wirtschaftslage nur mit großer Vorsicht durch-
geführt werden. Sie kommt gegebenenfalls in Frage,
wo wichtige Rohstoffe für die Allgemeinheit nutzbar
zu machen sind, wo ein privates tatsächliches Monopol
den Übergang in Staatshände erleichtert, wo sich
Industrien dem notwendigen Umgruppieren nicht fü-
gen wollen, oder wo ein Reichsmonopol für die Reichs-
finanzen erwünscht ist. Die Sozialisierung ist so ge-
dacht, daß der Besitz der Produktionsmittel vom Reich
wirklich übernommen werden soll. Die sozialisierten
Betriebe sollen jedoch eine freie Form erhalten, in
der die Betriebsdemokratie richtig ausgebildet ist. Die
leitenden Beamten sollen durch ihre Entlohnung am
Betriebe interessiert werden.

Außerordentlich schwer lastet auf Deutschland die
Brennstoffnot. Man hat vielleicht etwas lange
das Stimmungsverhältnis der Kohlenverbände und -räte
erwogen, während die Kohle selber zu fehlen drohte.
Auch hier fand der Reichswirtschaftsminister eine sehr
bedrohliche Situation vor. In letzter Zeit ist die Be-
schaffung von Petroleum in größerem Umfang
möglich gewesen. Bereits im nächsten Monat wird
uns dies bis fünfmal so viel Petroleum zur Ver-
fügung stehen als zur gleichen Vorjahreszeit. Bis Ende
Jänner sind Abschüsse auf 140 000 Tonnen Petroleum
und Benzin getätigt, worunter sich auch Heizöl und
Benzin für Motoren befinden. Zur Steigerung der Koh-
lenförderung sind im Reichsarbeitsministerium und
Reichswirtschaftsministerium gemeinsam eine Reihe von
Maßnahmen teils begonnen, teils in Aussicht genom-
men. So können im Braunkohlenbergbau bereits Pro-
duktionserhöhungen verzeichnet werden. Im Steinkoh-
lenbergbau ist die Heranziehung von Arbeitskräften
und die Vereinfachung von Wohnungen das brennend-
ste Problem für die erste Zeit ist ein Barackenbau
organisiert worden; für später ist eine großzügige
Aktion zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaues ge-
plant.

Die Wirtschaftspolitik nach außen hin hat zur
Vorbereitung die Wiedergewinnung seiner
Grenzen. Mit Rücksicht auf die Valuta wäre eine
genaue Kontingentierung der Einfuhr erwünscht. Zum
Teil steht sich jedoch bereits eine natürliche Kontin-
gierung infolge der beschränkten Kaufkraft Deutsch-
lands durch Wahrscheinlichkeit werden wir in Zukunft
eine Einfuhrpolitik der Industrieverbände betreiben
treiben müssen, da der Kredit des einzelnen nicht
ausreicht. Zur Überwindung des vorläufigen Reichs-
wirtschaftsnotstandes, der an der Durchführung der deut-
schen Wirtschaftspolitik tätigen Anteil nehmen soll,
ist bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und geht
demnächst den Bundesstaaten zu.

Die Öffnung der Archive.

Die deutschen Dokumente über den Kriegs-
ausbruch.

Die Veröffentlichung der deutschen amtlichen Do-
kumente zum Kriegsausbruch steht nunmehr unmittel-
bar bevor. Die vom Auswärtigen Amt mit der noch-
maligen Sicherung und Ergänzung der Akten beauf-
tragten Herausgeber Graf Max Montgelas und Profes-
sor Walter Schücking haben die Durchsicht der von
dem unabhängigen Sozialisten Karl Kautsky in der
ersten Zeit nach Ausbruch der Revolution zusammen-
gestellten Dokumente nahezu beendet, und die Druck-
legung der ersten Teile des mehrbändigen Werkes hat
soeben begonnen.

Die Herausgabe der sogenannten „Kautsky-Akten“
erfolgt in Verbindung mit dem Namen Kautsky und
mit dessen vollem Einverständnis. Kautsky wird auch
die Korrekturen der Druckbogen fortlaufend selbst lesen.
Die Sammlung erscheint unter dem Titel: „Die
deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ und um-
faßt im ganzen sechs Bände, von denen jetzt zuerst
die vier Bände mit dem Material über die unmittel-
bare Vorgeschichte des Krieges herausgegeben werden
sollen. Die Akten über die frühere Vorgeschichte wer-
den von Professor Albrecht Wendelsjohn-Bartholdy in
Würzburg bearbeitet; sie erscheinen in zwei Bän-
den, zu einem etwas späteren Zeitpunkt.

Die Herausgabe der vier anderen Bände erfolgt
noch im Oktober. Sie werden ungefähr 90 Akten-

stücke und in einem Anhang eine Reihe von Organi-
sationen, darunter den Dreibund-Vertrag und den Ver-
trag mit Rumänien enthalten. Der erste Band umfaßt
die Zeit vom Attentat in Sarajewo bis zum Eintref-
fen der serbischen Antwortnoten in Berlin, dazu einige
Dokumente aus den vorhergehenden Wochen. Der
zweite Band behandelt den Zeitraum bis zur Kriegs-
erklärung Deutschlands an Rußland. Der dritte Band
umfaßt die Zeit bis zur Kriegserklärung an Frankreich;
der vierte Band die Vorgänge bis zur Kriegserklärung
Österreich-Ungarns an Rußland.

Die Lage im Baltikum.

Die Engländer drohen Riga zu bombardieren.

Die Waffenstillstandsverhandlungen des Oberbe-
fehlschalters der russischen Westarmee Oberst Alwaloff-
Bermond mit der lettischen Regierung sind ergebnislos
verlaufen. Nach den neuesten Meldungen hat der Kom-
mandant der britischen Seestreitkräfte in der Ostsee
Oberst Alwaloff-Bermond ein Ultimatum gerichtet,
da die Vorstädte von Riga zu räumen, widrigenfalls
die Stadt bombardiert werde.

Unter Voraufricht nach wird sich der Führer der
russischen Truppen durch diese Drohung nicht einschach-
tern lassen. Das

der Däna befindet sich bis auf geringe von lettischen
Truppen besetzte Stellen in russischen Händen. En-
dziel und Aufgabe der russischen Westarmee bleibt die
vollständige Säuberung des linken Dünaburgs von
lettischen und estnischen Banden und damit die Si-
cherung der russischen militärischen Basis.

Die Beschießung von Riga.

Die Lage in Riga ist eine verzweifelte. Die Be-
völkerung leidet schwer unter den Kämpfen, die mit-
ten in der Stadt an der Däna ausgefochten werden.
Während Riga bis jetzt russischerseits gesichert wurde,
liegen die Vorstädte auf dem linken Ufer dauernd
unter schwerem lettischem Artillerie- und Maschi-
nengewehrfeuer. Die Truppen, die sich zu schützen wil-
len, leiden unter diesen Feuerüberfällen natürlich nicht.
Eine Hölle aber ist durch die lettische Beschießung
der friedlichen Bevölkerung bereitet. In Anbetracht
dessen hat sich Oberst Alwaloff durch Flugblätter, die
über Riga abgeworfen wurden, an das lettische Volk
mit der Aufforderung gewandt, von sich aus dafür
zu sorgen, daß die lettische Regierung den Mord an
der friedlichen Einwohnerschaft der Stadt Thorenberg
einstellt, widrigenfalls er sich genötigt sehen würde,
das Feuer auf die alte ehrwürdige Hansestadt zu
eröffnen, um das Unmännliche auszudrücken.

Bombardement von Dünaburg durch lettische Kriegs-
schiffe unter lettischer Flagge.

Bei Tagesanbruch des Mittwoch letzten starke let-
tische Angriffe gegen die Front der russischen West-
armee zwischen Mergendorff und Thorenberg ein-
setzten. Bei erheblichem Artillerieeinsatz gelang es dem Ge-
gner, vorübergehende Erfolge zu erringen. Besonders
heftig waren die Kämpfe an den Dünabrücken in Riga.
Befestigt durch einen auf der Eisenbahnbrücke vorge-
schobenen estnischen Panzerzug, setzten starke lettische
Kräfte über und griffen in fanatischem Kampf die
vortigen Truppen der Eisernen Division an.
Mittenhalben wurde der Gegner von der Eisernen
Division geworfen. An dem Kai bei den Dün-
abrücken liegen über 200 tote. Der übrige Teil wurde
in die Däna gejagt, wobei viele ertranken.

Am Spätnachmittag eröffneten 5 Kriegsschiffe, die
bisher für englische gehalten wurden, das Feuer auf
Dünaburg, wobei sie die lettische Flagge zeigten.
Am Abend landeten lettische Truppen bei Dünaburg
und Bolderaa und schlugen das dort stehende rus-
sische Regiment zurück. Die Eisernen Division setzte
mit Erfolg Truppenteile gegen lettische Kolonnen, die
aus Bolderaa herausmarschierten, an. Auf Thoren-
berg liegt Störungsfeuer.

Goltz Abschied von den Truppen.

Generalmajor Graf von der Goltz ist nach seiner
Abführung in der Führung der deutschen Truppen
in Aurland durch Generalleutnant von Eberhardt zu
den Offizieren von der Armee versetzt worden. Vor
seiner Abreise aus Aurland richtete Graf Goltz einen
Auftrag an die Soldaten des ehemaligen sechsten Re-
servelagers in der russischen Westarmee, worin er ihnen
für ihre Verdienste vor Riga dankt, welche er mit
Stolz verfolgt habe, und worin er mitteilt, daß, wenn
er auch von der Reichsregierung seiner Stelle als
Kommandierender General des sechsten Reservelagers
entsetzt sei, er mit allen Kräften bemüht sein werde,
für seine alten Soldaten zu sorgen. In einem Schrei-
ben an Alwaloff beklagt er diesen zu den Er-
folgen der russischen Westarmee vor Riga in den letz-
ten schweren Kampftagen. Der Oberbefehlshaber der
russischen Westarmee, Oberst Alwaloff-Bermond, teilte
dem Führer der Eisernen Division, Major Wischhoff,
mit, daß er ihn anlässlich der Einnahme von Riga

ad der Dünabrücken zum Georgsberge der Tapferkeit vorgeschlagen hat. Jede Kompanie der Eisernen Division erhält 2 Georgskreuze.

Die Heimkehr der Truppen aus dem Baltikum.

Der Rückmarsch der Truppen aus dem Baltikum vollzieht sich infolge der ungünstigen Transportverhältnisse sehr langsam. Um allen Reibungen mit den zwischen Schaulen und der Grenze stehenden Litauischen Truppen aus dem Wege zu gehen, hat General v. Eberhardt mit den Litauern Verhandlungen über den Durchzug der Truppen angeknüpft. Die Regierung hofft, die zurückkehrenden Truppen ohne noch maliges Quartiermachen in den Grenzländern sofort in die Garnisonen im Innern des Reiches transportieren und dort verteilen zu können.

Deutscher Protest gegen die Ostsee-Sperre.

Die Ententeblockade der Ostsee macht sich im Geschäftsleben sehr unangenehm bemerkbar. In den Häfen liegen zahlreiche deutsche Schiffe, die nicht ausfahren können, während schwedische und finnische Schiffe unbehindert verkehren. Die deutsche Friedensdelegation in Versailles ist daher beauftragt worden, wegen der über die deutsche Schifffahrt in der Ostsee verhängten Sperre, insbesondere wegen ihrer Ausdehnung auf die Territorialgewässer, unter Hinweis auf die durch die Maßnahme herbeigeführten verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen dringende Vorstellungen bei der Entente zu erheben. Die deutschen Dampfer „Westholm“, „Varmen“, „Anna“ sowie „Kaiser“ und „Lucas“ wurden auf der Ostsee angehalten und nach Reval eingebracht. Die beiden Seelichter „134“ und „160“, mit Kohlen nach Königsberg unterwegs, wurden anscheinend vor Billau von englischen Schiffen angehalten und beschlagnahmt. Der Wert der Kohlenladung beträgt eine halbe Million. Die Kohlenversorgung Königsbergs wird dadurch sehr empfindlich betroffen.

Politische Rundschau.

Die deutsche Friedensdelegation ist am Freitag vor Versailles nach Paris übergeföhrt.

Generalleutnant Groener, der Nachfolger Judenthals als erster Generalquartiermeister, ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Durch Beschluß der preussischen Staatsregierung wurde das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für das Theaterwesen grundsätzlich als zuständig erklärt.

Amerikanische Blätter zufolge sind am Freitag 5000 Mann amerikanische Truppen über Brest im Zusammenhang mit der bevorstehenden Volksabstimmung zur Rheinarmee abgegangen.

Die Ueberwachungskommissionen der Alliierten in Berlin. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung machte Schatzminister Dr. Mayer aufseherregende Mitteilungen über neue Forderungen der Entente. Mitte nächster Woche würden zwei Ueberwachungskommissionen der Alliierten mit 400 Offizieren, 600 Mannschaften und 200 Automobilen in Berlin eintreffen. Die ungeheure Zahl von Zimmern und Geschäftsräumen, die von diesen Ausschüssen gefordert würden, hätten der Regierung zunächst die Erwidigung nahegelegt, für jenen Zweck Schlösser in Aussicht zu nehmen. Das habe sich aber als undurchführbar erwiesen, und nunmehr seien die Hotels Kaiserhof, Edenhof, Carltonhotel, Hotel Saxonie und die militärtechnische Akademie zur Unterbringung in Aussicht genommen. Die Vermögensgegenstände der Regierung, den Umfang der Ausschüsse herabzusetzen, seien erfolglos geblieben. Schätzungsweise würden die Kosten der Unterhaltung der gesamten Besatzungsarmee der Alliierten 2½ bis 3 Milliarden jährlich betragen. Der Minister hob die ungeheure Last für das Reich hervor. Dieses Vorgehen der Alliierten bedeuere eine dauerhafte Absaugung deutscher Kapitalkraft, die schließlich der Entente selbst zum Schaden gereichen müsse. Hoffentlich werde es wenigstens gelingen, die Zahl der Besatzungstruppen erheblich zu erniedrigen.

Die französische Regierung beantragt... Vor einigen Tagen war die Arbeiterschaft von Ludwigshafen zum Protest gegen die Erschießung eines schiffschlägigen Mädchens aus Frankenthal (Pfalz) durch französische Soldaten in einen eintägigen Generalstreik

eingetreten. Die französischen Besatzungsbehörden haben jetzt dem Bezirksamt in Frankenthal ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Auch der Familie der Getöteten ist davon Kenntnis gegeben worden. Bei der Beerdigung legte ein französischer Soldat einen Kranz nieder. Der Generalkommandant der französischen Division erstieg eine Höhe in den Mätkern, worin gleichfalls dem Bedauern Ausdruck gegeben und mitgeteilt wird, daß der schuldige Soldat und seine vier Begleiter, lauter Krankenpfleger, vor ein Kriegsgericht gestellt und streng bestraft werden würden.

Die Demokraten und der 9. November. Im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten und der U. S. P., die große Feiern für den 9. November vorbereiten, hat sich die Demokratische Fraktion der Nationalversammlung auf den Standpunkt gestellt, daß solche Feiern nicht am Platz sind. Die „Voss. Ztg.“ begründet das wie folgt:

Der 9. November ist als der Tag, an dem uns der brutale Waffenstillstand aufgedrungen wurde, zugleich auch ein Trauertag erster Ordnung. Dazu kommt, daß nach demokratischer Auffassung der 9. November deshalb nicht als Ausgangspunkt der Umwälzung zu gelten hat, weil an ihm, durchaus im Charakter des Putschismus, Kreise, denen die Partei fernsteht, den Zusammenbruch, der als Folgeerscheinung der militärischen Niederlage zu gelten hat, für ihre egoistischen Zwecke auszunutzen vermochten. Auf dem Wege der Evolution, und nicht der Revolution, gedachten demokratisch gestimmte Männer aus den gewaltigen Leistungen und Opfern des deutschen Volkes während des Weltkrieges die verfassungspolitischen Folgerungen zu ziehen. Dementsprechend gedenkt auch die deutsch-demokratische Partei den Tag, an dem mit der Annahme der Weimarer Verfassung die Grundlagen für das demokratische Deutschland gelegt worden sind, künftig als Feiertag zu begehen.

Rundschau im Auslande.

Der österreichische Botschafter in Paris ist wegen Anwesenheitspflichten in der christlich-sozialen Partei zurückgetreten.

Im Prozeß der während des Krieges im besetzten Gebiete Nordfrankreichs in französischer Sprache erschienenen „Gazette des Ardennes“ hat der Staatsanwalt gegen sieben Mitarbeiter des Blattes die Todesstrafe beantragt.

Das französische Große Hauptquartier wird am 20. Oktober endgültig aufgelöst. Die Rheinarmee wird durch das Kriegsministerium verwaltet werden und militärisch Marshall Foch unterstehen. Ein Kriegsgebiet wird es nicht mehr geben.

Die französische Regierung hat die außerordentliche Kriegsabgabe gemäß Gesetz vom 26. Juli 1918 in Elsaß-Lothringen zu Gunsten der französischen Regierung beschlagnahmt.

In Paraguay sind große Gebiete von Deutschen angekauft worden. Sie sollen zur Ansiedlung des deutschen Auswandererstromes dienen, den man in Paraguay erwartet.

Die persische Provinz Aserbeidschan ist im Aufstand gegen die Regierung von Teheran begriffen. Die Unruhen haben ihre Ursache in dem persisch-englischen Abkommen.

Frankreich: Die Streikbewegung in Elsaß-Lothringen.

In Mülhausen, Colmar und Straßburg wurde auf Anordnung der französischen Regierung begonnen, sämtliche Arbeitslose ohne Unterschied der Nationalität nach dem Wiederaufbauegebiet abzuschieben. In Mülhausen und Colmar hat es deswegen bedeutende Unruhen gegeben. Die gesamte lothringische Metallindustrie ist infolge Generalstreiks stillgelegt. 35 000 Arbeiter streiken. Man ist ohne Straßenbahn, Gas und Licht. Wiederholte ernsthafte Zusammenstöße zwischen Streikenden und Truppen werden gemeldet. — Das unterdrückte „Reger. freie Journal“, hinter dem natürlich nicht deutsches, sondern lothringisches Geld steht, hatte seine Auflage binnen kurzem auf 25 000 gebracht, was für die französische Regierung bei der opportunistischen Haltung des Blattes eine schwere Sorge war. Die Unterdrückung wird natürlich die um ihr Blatt gebrachten Leser in ihrer Meinung nur bestärken.

Rußland: Die Vernehmung Petersburger.

Die russische Nordwestarmee unter dem Befehl des Generals Judentich hat Preobraschenskoje und Gatschina genommen; die Bolschewiken leisten nur schwachen Widerstand. Der Angriff schreitet gut fort, doch wird mit einer zähen Verteidigung Petersburgs gerechnet. Die Meldungen von der Einnahme Gatschinas bekräftigen den Eindruck des nahen Zusammenbruchs der Sowjetherrschaft. Die Preobraschenskoje beabsichtigen selbst bei diesem Hartnäckigen

Punkte nur geringen Widerstand. Inzwischen soll der Vormarsch bis Krasnoje Selo und Jaroslaw Selo gelangt sein. Das Heer Judentichs würde somit nur drei bis vier Meilen von Petersburg entfernt stehen. Durch Fliegererkundungen ist festgestellt worden, daß der weitere Weg bis nach Petersburg nur durch geringe Hindernisse versperrt ist. Wie aus Reval gemeldet wird, sollen die bolschewistischen Ministerien in Petersburg bereits am 9. Oktober geschlossen worden sein. Alle Arbeit ruht in der Stadt. Auch auf der Ostfront scheint der bolschewistische Widerstand zu zerbrechen. Die Rote Armee im Gebiet der sieben Flüsse (Ostseegebiet) hat einen schweren Schlag erlitten, dadurch, daß das wichtigste der drei bolschewistischen Kommandos im Ostseegebiete sich mit der gesamten Bagage dem russischen Steppenkorps des Generals Annenkov übergeben hat. Im ganzen wurden 33000 Gefangene, darunter 9000 Kämpfer, gemacht.

Südafrika: Eine Kritik des Friedens durch die Buren.

Der südafrikanische Volksrat hat vor der Ratifizierung des Friedensvertrages äußerst scharfe Kritik an dem Nachwort von Versailles geübt. Der Vorsitzende der nationalen Partei, Koss, protestierte dagegen, daß dem Friedensvertrag zufolge Privateigentum von deutschen Untertanen mit Beschlag belegt werden kann, und erklärte, dies sei eine Schändung der Genfer Konvention. Auch der nächste Redner, General Herzog, erklärte sich gegen den Vertrag. Man hätte Südafrika auf dem „Platz der Ehre“ lassen müssen. Der Volksrat befindet sich in seiner jetzigen Form nannte der General Herzog einen Bund zwischen vier Fäusteln der Welt, um ein Fäustel zu unterdrücken. Der General sagte: Nachdem die Bundesgenossen sich seit geraubt haben, eine Räuberei im Vergleich zu der die Räuberei von 1870 nichts ist, haben sie einen Bund gebildet, um Deutschland niederzuhalten, und sich geweiht, die feindlichen Länder in diesem Bund aufzunehmen, weil sie wohl wußten, daß die Länder sonst durch den Bund zu ihrem Rechte kommen. Er erklärte ferner, er sei während seines Besuchs in Europa zu dem Schluß gekommen, daß der „sogenannte“ Friede nicht dauerhaft sein könne. Smuts mußte erwidern, er bitte das Haus auch nicht, den Vertrag zu billigen, sondern nur zu ratifizieren. Er habe in Paris eingesehen, daß die Mitglieder der Konferenz nach allem, was sie durchgemacht haben, nicht in der Lage waren, ruhig und gelassen einen dauernden Frieden zu schließen.

Die Berliner Streiks

vor dem Ende.

Die Metallarbeiter zu Verhandlungen bereit.

Die Streiklage in Berlin hat sich bedeutend gelindert, so daß die Gefahr eines Generalstreiks als beseitigt gelten kann. Die am Donnerstag bis in die frühen Abendstunden gepflogenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Metallindustrie und der streikenden Metallarbeiter im Reichsarbeitsministerium haben damit geendet, daß ein neues Schlichtungsverfahren vorgeschlagen worden ist, über dessen Annahme nunmehr beide Parteien schlüssig werden müssen. Die Vertreter beider Parteien haben aber bereits zugestimmt, daß, wenn ihre Auftraggeber mit dem vorgeschlagenen Schlichtungsverfahren einverstanden sind, es auch für beide Teile bindende Entscheidung treffen soll.

Die Streikaufrufung der Maschinisten und Heizer ist erfreulicherweise von der übergroßen Mehrheit der Berliner Arbeiter nicht befolgt worden. In sämtlichen Elektrizitätswerken Berlins und der Vororte wird gearbeitet. Die Betriebe der Straßenbahnen und der übrigen Verkehrsinstitute, deren Stilllegung von der Streikleitung angekündigt wurde, hat in vollem Umfange aufrecht erhalten werden können. Auch die Warenhäuser und Luxusbetriebe (z. B. die Schokoladenfabriken) sind von dem Heizstreik nicht betroffen. Die überwiegende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft ist dem Streik abgeneigt und lehnt es ab, in den Ausfall zu treten. Für den Fall eines Streikes der Elektrizitätsarbeiter sind alle Vorkehrungen von Seiten der Technischen Nothilfe getroffen, damit die Freiwilligen sofort an die Stelle der Streikenden treten. Das erste bedeutendere Eingreifen der technischen Nothilfe zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe in Berlin ist von einem vollen Erfolg begleitet gewesen. Das einzige Elektrizitätswerk in Groß-Berlin, in dem die Arbeiter streikten, nämlich die Charlottenburger Werke, ist in vollem Betriebe. Die Einwohner von Charlottenburg haben von dem Streik nur zum kleinen Teil etwas gemerkt. Es dauerte ungefähr eine Stunde

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

31. Fortsetzung.

Am nächsten Tage schon trifft im Palazzo Bonmartino ein Schreiben folgenden Inhalts ein:

„Herrn Marchese Bernardo Bonmartino. Sehr geehrter Herr! Gestern ist meine Frau zurückgekehrt. Sie beauftragt mich, Ihnen mitzuteilen, daß sie auf Ihre Unterstützung verzichtet. Aus welchen Gründen, ist wohl gleichgültig.“

Mit vorzüglicher Hochachtung

Carlo Belloni.

Der Brief entfällt Bernards Hand. Seine Lippen öffnen sich ein wenig, als könne er das soeben Gelesene nicht fassen.

Träumt er? ... Diese bettelarme Frau weiß sein „großmütiges“ Anerkennen zurück? ... Etwas aus Stolz? ... Oder steckt irgend etwas anderes dahinter?

Ein festes, gutmütiges Gesicht taucht vor seinem geistigen Auge auf und ein langer, struppig-roter Bart und eine vierschrägige Hünengestalt ...

Bei dieser Vision wird dem braven Marchese plötzlich unbehaglich. Seine Gedanken schweifen viele, viele Jahre zurück, da er in Venedig Gelegenheit hatte, den Ruf und den Jähzorn Paolo Rossos kennen zu lernen. Damals hatte beides seinem Vater, dem alten Marchese, fast das Leben gekostet. Wer weiß, wozu der Mensch jetzt fähig ist! ...

Reize, wie die meisten Verbrecher sind, wenn es gilt, mit einem herannahenden Ungemach ins Auge zu schauen, ist Bernardo nicht instande, heute Abend ruhig dem Bräutigam und dessen Tochter, besonders aber ihrem Bräutigam, dem „Staatsanwalt“ gegenüberzutreten.

Er läßt sich mit Unwohlsein entschuldigen und bleibt in seinem Zimmer — auch während des Abendessens.

Vittorio Graziano, der in letzter Zeit alles, was im Palazzo Bonmartino vorgeht, mit misstrauischen Augen anzusehen beginnt, erblickt auch in diesem Fernbleiben des ihm ohnehin antipathischen Mannes ein verdächtiges Moment. An das „Unwohlsein“ glaubt er nicht, da es bei

seinem Kommen dem Marchese Bernardo auf der Treppe begegnete.

Auch es kämpft einen schweren Kampf mit sich. Sein Gerechtigkeitsgefühl diktiert ihm streng und unerbittlich:

„Vergewissere dich, wie es mit jener Erbschaftsangelegenheit steht! Geh aufs Gericht! Nimm Einsicht in das dort lagernde Testament des alten Marchese Roberto Bonmartino! Und wenn ein Verbrechen begangen worden ist, so überlebere die Schuldigen dem Gericht! Das ist deine Pflicht als Mensch und als Staatsanwalt!“

Seine Liebe indes, die ihn schwach macht in diesem Kampf mit sich selbst — sie flüstert ihm schmeichelnd zu: „Bist du deine Frau unglücklich machen, indem du ihr den Vater raubst? Was geht dich die ganze Sache an? Was Frau Belloni und ihre eingebildeten Rechte?“

Und heute Abend, da Bernardo Bonmartino sich nicht bilden läßt — der junge Staatsanwalt fühlt, daß dies hauptsächlich seinewegen geschieht —, heute Abend werden seine bisherigen Vermutungen bei ihm fast zur Gewissheit.

Als wachsender Bedrohlichkeit sieht er dem Tag entgegen, den ihn mit Jolanda für immer verbinden soll. Ihm ist, als ob er durch sein Eintreten in die Familie Bonmartino stillschweigend ein früher begangenes Verbrechen anheißt, gewissermaßen in den Kreis eines dunklen Geheimnisses gezogen wird, welches das offene Tageslicht scheut.

Eine stille Hochzeit im St. Petersdom. So wünscht es Jolanda. Keine großen Festlichkeiten, kein Jubel und kein Trübel. Nur im engsten Familienkreis.

Sie fürchtet die Aufregung für ihren Vater. Ueberhaupt — je näher dieser wichtigste Tag ihres Lebens herannäht, umso stiller wird sie.

Ist es die bevorstehende Trennung von dem Vater, welche sie so ernst macht? ... Oder drückt sonst etwas ihr ehebem so frohgemutes Herzchen?

Wie trau ihr Brautkleid ein — das reine Wunder an edler, einfacher Schönheit. Die Jose Almonta hat es auf zwei Stühlen weit ausgebreitet. In mattem, edlen Glanz erstrahlt es vor den erhellten Augen der jungen Frau. ...

Morgen, morgen um diese Zeit — da fährt sie zum Petersdom ... Der Priester legt ihre Hand in die des geliebten Mannes ... er segnet ihren Bund.

Sie ist dann nicht mehr die Marchesina Jolanda Bonmartino; sie heißt fortan Jolanda Graziano — ihm angehörend, dem Manne ihrer Wahl, bis daß der Tod euch scheidet.

Heut ist es ihr in die Augen. Wie immer, wenn sie so recht von Herzen glücklich ist, denkt sie an all die armen Menschenkinder, die, weniger vom Schicksal begünstigt als sie selbst, des Lebens nie recht froh werden. ...

So auch jetzt.

Was Wunder, daß ihre Gedanken zu jener Frau hinfliegen, die durch verwandtschaftliche Bande ihr nahesteht und die sie doch nicht offen und frei als Verwandte anerkennen darf.

Und wieder, wie schon einmal vor ein paar Wochen, gleißt es sie mächtig hin zu Salomea. Ihr ist, als ob sie am Tage vor ihrer Hochzeit mit dieser Frau noch sprechen müßte.

Eine halbe Stunde später schon hält ihr Wagen vor dem Hause Via Flaminia Nr. 85.

Treten im fünften Stock wird sie mit herzlichster Freude empfangen. Die Kinder lachen und jubeln bei ihrem Anblick, und auch Salomea begrüßt sie aufs wärmste.

Es ist das erste Mal, daß die beiden Frauen einander freundschaftlich gegenübersehen.

Nicht so weit entfernt die Klust zwischen ihnen, wie damals, als Salomea, mit feindlichen Gefühlen im Herzen, kalt und streng der anmutigen, eleganten Marchesina sich näherte.

Heute ist Jolanda die unruhigere von beiden. Die Erregung, welche eine jede Braut am Tage vor ihrer Hochzeit befallt, hat ihr sonst so rosiges Antlitz mit einer roten Blässe überhaucht. Salomeas schmale Wangen dagegen färben warme Rote, welche sie jünger, voller erscheinen läßt — aus wirklicher Freude über den seltenen Besuch.

„Wie froh bin ich, daß Sie gekommen sind, Fräulein Bonmartino!“

Fortsetzung folgt.

die technische Notwendigkeit, die angerufen worden war, eingreifen konnte. Es waren im ganzen 65 Ingenieure, Techniker und Arbeiter, die vollständig ausreichten, um den Betrieb der Elektrizitätswerke durchzuführen. Ein Stöden in der Versorgung Charlottenburgs mit Licht und Kraft ist ausgeschlossen.

Auch in den übrigen Werken kann der Betrieb aufrechterhalten werden, da nur ein geringer Teil der Arbeiter nicht erschienen ist. Dagegen ist der Strom aus dem Bitterfelder Kraftwerk, welches den Süden und Südwesten Berlins versorgt, abgeschnitten und auch das Elektrizitätswerk in Lichtberg ist am Freitag in den Streik getreten, wodurch nicht nur die gesamten industriellen Werke, sondern auch die Lebensmittelbetriebe und vor allem das Städtische Krankenhaus in Lichtberg vollkommen lahmgelegt wurden. Die Technische Notwendigkeit wird auch dort eingreifen.

Der Büroangestelltenstreik vor dem Zusammenbruch.

Der Streik der städtischen Hilfsangestellten kann schon jetzt als verloren gelten. Eine große Zahl der streikenden Angestellten hat die Arbeit wieder aufgenommen, außerdem hat der Magistrat zahlreiche andere Arbeitswillige, die sich ihm zur Verfügung stellen, angenommen. Auch der Rest der streikenden Angestellten hat sich zur sofortigen Aufnahme der Arbeit bereit erklärt und den letzten Schiedsspruch vom 10. Oktober als Provisorium anerkannt. Die Angestellten erwarten jedoch die gleichzeitige Aufnahme neuer Verhandlungen mit dem Ziele der Herbeiführung einer Entscheidung vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, die dann von beiden Seiten als bindend anerkannt werden muß. Nach Lage der Dinge ist es wahrscheinlich, daß der Berliner Magistrat diesem Beschluß der Hilfskräfte zustimmen wird.

Eine Verständigung im Frankfurter Eisenbahner-Konflikt.

Unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Graef als Beauftragten der Reichs- und Landesregierung fand im Frankfurter Eisenbahndirektionsgebäude eine Konferenz statt, an der Vertreter der Eisenbahndirektion, des Polizeipräsidiums, des Verkehrsausschusses und der Bezirksausschüsse teilnahmen und die sich mit der jüngsten Eisenbahnerdemonstration beschäftigte. Unterstaatssekretär Graef erklärte, daß die Staatsregierung die Forderung der Eisenbahnervertreter auf Zulassung des Verkehrsausschusses zu den Präsidialsitzen in den einzelnen Direktionen anzunehmen beschloßen habe. In der Konferenz waren sich die Redner darüber einig, daß nunmehr die Forderung auf Mitbestimmung des Eisenbahnpersonals Dr. Stäpf und der anderen Direktionsmitglieder hinsichtlich geworden sei, da der Präsident den Beweis erbracht habe, daß er den Forderungen der Eisenbahner Verständnis entgegenbringe.

Aus Stadt und Land.

12 000 Fälle von Heeresgutversteigerung. In welcher intensiver Weise der Kampf gegen das Schieberum vom Reichsverwaltungsamt geführt wird, mag die Tatsache beweisen, daß von dem Referat „Wiedererfassung“ bisher schon über 12 000 Einzelfälle von Heeresgutversteigerungen verfolgt worden sind. Die dem Reich durch das energische Vorgehen des Amtes geretteten Summen belaufen sich bereits auf rund 150 Millionen Mark. Der Gesamtbetrag, der nach Erledigung der sämtlichen bislang in Behandlung genommenen Fälle der Reichskasse zufließen wird, dürfte auf mehrere hundert Millionen zu schätzen sein.

Wanderrevue gegen eine Feststellungskommission. Bei Getreideerevisionen in dem Dorfe Wasseil im Landkreis Hannover kam es zu einer offenen Revolte der Landwirte, die den revidierenden Beamten und dessen Begleiter überfielen und mit Knütteln, Hengabeln usw. so traktierten, daß der Beamte mit dem Krankenwagen abgeholt werden mußte. Auch der herbeigerufene Hilfspolizist konnte gegen die erbiterte Menge nichts ausrichten.

Sechs Kinder schwer verletzt. Auf dem Gelände von Neu-Magdonau in Oberschlesien fanden Kinder eine Handgranate, welche sie mit nach ihrer Wohnung nahmen und dort mit einem Hammer zu öffnen versuchten. Die Granate explodierte und verletzte sämtliche sechs Kinder schwer.

In Schwes hat der praktische Arzt Dr. Stein, anscheinend in geistiger Umnachtung, seine Mutter erschossen.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 17. Oktober. (Börse.) Das Abflauen der Berliner Streikbewegung wirkte günstig auf die ohnehin feste Haltung der Börse. Kriegsanleihen gaben leicht nach auf 79 Prozent.

Berlin, 17. Oktober. (Warenmarkt.) Inzernateller 200—220, Seradella 64—65, Lupinen 28—31, Saateisen 33—34,50, Saateisen 30,75—31,50, Widen 71 bis 85, Welschbohnen 80—115, Pferdebohnen 100—115, Hafer 100 63—67, sofort abgeladen 64—65, Viktoriaerbsen 226 bis 245, kleine Erbsen 200—220, Fliegenstroh 7,50—8, Weizenstroh 7,75—8,25, Waidhühner 7—7,50 für 50 Kilogramm ab Verladehafen. Hühner 13—14, Wiesenheu 18—22, Feldheu 23—25, Kleehheu 20—31, Hühnermelasse 33—35 für 50 Kilogramm bahnfrei.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, den 17. Oktober 1919.

Auf eine kleine Anfrage Diester (. Han.) erwidert ein Regierungsvertreter, daß infolge der Kohlennot an die baldige Inbetriebsetzung der Bahnlinie Mienburg-Diepholz nicht gedacht werden kann.

Gestütsverwaltung.

Die zweite Beratung des Haushalts der Gestütsverwaltung wird fortgesetzt.

Ein Antrag Hansen (Dem.) verlangt Konzessionierung des Buchmachers und schwerste Strafen für die wilden Buchmacher.

Hg. Peters-Hochdom (Soz.): Unsere Pferdebezüge leiden unter der Verschlechterung für den Schleifhandel und unter der Abgabe an die Entente. Wir wünschen Aufhebung eines dauerhaften Pferdes und halten Vollblutjagd nicht für nötig. Die Pferdebesitzer müssen verboten werden. Ihre Reklamationsverfahren sollen

in der ersten Sitzung der praktischen Landwirtschaft abgelehnt.

Hg. Hansen (Ztr.): Die Pferdebesitzer stellen eine ernste Leistungsprüfung dar. Die Verluste an Fohlen müssen ausgeglichen werden. Rot tut die sorgfältige Aufzucht der Hengststutten.

Hg. Westermann (Dem.): Neben dem Vollblutpferd darf man das Gebrauchspferd des Landwirts, das Halbblut nicht vergessen.

Hg. Maunier-Storck (U. Soz.): Die Pferdebesitzer sind Tierquälerei. Der Totalkatzen muß verboten werden.

Landwirtschaftsminister Braun: Pferdebesitzer sind erforderlich als Leistungsprüfungen. Ihre Durchführung ist ohne Totalkatzen finanziell nicht möglich. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, das Buchmacher-

gewerbe zu konfiszieren und den Gewinn dem Staate zuzuführen. Die Gestütschulen sollen später der Schulverwaltung unterstellt werden.

Oberlandesfinanzminister v. Dettling: Ich schätze den Pferdeverlust im Kriege auf 5—6 Millionen Gebrauchspferde. Die Halbblüter dürfen wir nicht vernachlässigen, da das Halbblut ein gutes Pferd ist. Trotz der schwierigen Verhältnisse glaube ich, daß wir in die Lage kommen, Vollblut- und Halbblutmaterial auszuführen. Die Vollblutjagd müssen wir allmählich selbstständig machen. Eine Tierquälerei ist das Pferdebesitzer nicht.

Der Etat der Gestütsverwaltung wird angenommen, ebenso der Antrag Hansen.

Es folgt die Beratung des

Domänen-Haushalts.

Hg. Schmidt-Röbenigk (Sozdem.): Die Bewirtschaftung der Domänen muß intensiver gestaltet werden. In die Pachtabstimmungen sind besondere Forderungen für die Landarbeiter aufzunehmen.

Hg. Müller-Prüm (Zentr.): Der Ausfall des Domänenjagds ist bedauerlich groß. Statt einer völligen Aufhebung der Domänen empfiehlt sich die Ansetzung mittlerer und kleiner Siedler mit Hilfe von Genossenschaften.

Hg. Dr. Gerd (D. Sp.): Domänen sollen volkswirtschaftlich für Siedlungszwecke nutzbar gemacht werden.

Abgeordn. Weiermel (Deutschnat.): Die Regierung hat für ausreichende Entschädigung der Landbevölkerung im abzutretenden Osten zu sorgen. Deutschland wird den Verlust des oft mißachteten Ostens bitter genug zu empfinden haben. Der Landhunger der Bevölkerung zeigt öfter in dem Verlangen der sofortigen Aufhebung der Domänen und der Androhung von Gewalt bolschewistische Charakter. Von allen Bewirtschaftungen läßt sich die landwirtschaftliche am wenigsten vom grünen Tisch aus leiten.

Landwirtschaftsminister Braun: Wegen der Domänenpächter sind direkte Verhandlungen mit Polen eingeleitet. Ihre Rechte sollen unverändert aufrecht erhalten werden. Die als Remontedepots benutzten Domänenvorwerke sollen für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden. Die Heeresverwaltung muß unbedingt noch größere Flächen zurückgeben. Es soll ein Vorkaufrecht für die bisherigen Pächter geschaffen werden. Redner geht dann auf zahlreiche vorgebrachte Einzelheiten näher ein.

Hg. Siemen (Dem.) bringt Wünsche über das staatliche Erbad Nordern sowie über Ausnutzung der Domänen zu Siedlungszwecken vor. Den Vorkaufrechten sollte öfter Gelegenheit gegeben werden, Domänen, die als Musterwirtschaften dienen, zu beschaffen.

Der Haushalt für die Domänenverwaltung wird angenommen.

Landwirtschaftliche Verwaltung.

Zur zweiten Beratung der landwirtschaftlichen Verwaltung liegen Anträge vor über Ernährungs- und Landarbeiterfragen.

Hg. Dr. Jähndler (Ztr.) begründet einen Antrag auf Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin und einen weiteren Antrag auf Gleichstellung der Professoren der Landwirtschaftlichen und Tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren sowie Aufbesserung der Vergütung für Lehraufträge.

Das Haus vertagte die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr. Außerdem kleine Anfragen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Locales und Provinzielles.

Ein rabiaten Vitzfeller. Dieser Tage kam in Wiesbaden auf das Büro der Lichtwerke ein Mann, um für seinen Haushalt um Petroleum zu ersuchen. Auf den ihm gewordenen Bescheid, er müsse schriftlich einkommen, ergriß der Mann das mit Wasser gefüllte Waschbecken und warf es zu Boden. Ebenso nahm er die Handtücher und den brennenden Ofen auch diese in seiner Wut zerfetzend. Schließlich fiel der Mann in Krämpfe. Es handelt sich hier wahrscheinlich um einen Kriegsteilnehmer, der an den Folgen des Krieges ein Leiden zurückbehält. Aber die seltsamen Verfügungen unserer Behörden können auch einen Gesunden manchmal zur Verzweiflung bringen.

Ein Raub sollte von dem Händler J. B. dahier in der Vordergasse wohnend, von Nordenstahl eingeschmuggelt und wahrscheinlich mit dem üblichen Nutzen nach Wiesbaden weiter verkauft werden, denn für die Allgemeinheit, die Fleisch nur noch den Namen nach kennt, sollte das „menschenfeindliche“ Werk doch sicherlich nicht geschehen. Aber die Überwachung ist doch jetzt ziemlich scharf geworden und den Lieferanten der besseren Hotels und Restaurants in Wiesbaden, die im Winter für den Zentner 80 ja sogar 360 M. bekommen haben, wird jetzt ein bißchen schäfer auf die Finger gesehen. Schon am Sonntag bewies dieses der Vorfall mit den Kloppehühnern Wilkmann, der hier bekanntlich angehalten wurde. Im vorliegenden Falle waren die Sicherheitsorgane von Jagd auf den Posten, die das Kalb freudigst schon dort in Empfang nahmen und dadurch den hiesigen Aufpassern allerdings die Freude verdorben. Der Händler behauptet nun das Kalb von einem Metzger zur Mithnahme bekommen zu haben. Leider kann er mit einem Namen nicht dienen und so wird es sich wohl um den großen Unbekannten handeln.

* Die Kleinen hängt man... Hatte sich am Samstag ein Mann einen Beutel mit weißem Mehl auf dem Lande geholt und glaubte sich und seine Familie hieran gut zu tun. Doch mit des Geschickes Mächten usw. Es sollte eben nicht sein! Am Blücherplatz nahe das Verhängnis in Gestalt von zwei Schutzleuten, die um Herausgabe des Mehles ersuchten. Natürlich weigerte sich der Mann diesem Ersuchen ganz entschieden. Als ihm schließlich nichts weiter übrig blieb, nahm er das Säckchen und entleerte es über seine Angreifer. Diese prusteten natürlich nicht schlecht in ihrem „weißen Kleide“.

* Die Straßenbahn hat wie wir bereits in unserer Samstag Nummer berichtet in ihrem Verkehr eine Einschränkung erfahren. Aus Bierstädter hat dieses ja eigentlich weniger betroffen, nur daß der Verkehr nicht mehr bis zur Endstraße an der Kirche sondern nur bis zum Postamt hier durchgeführt wird. Ebenso fährt der letzte Zug von Wiesbaden abends bereits 9.06 Uhr ab Wilhelmstraße. Aber auch sonst hatten wir Bierstädter keinen Grund über den Verkehr der Bierstädter Linie entzückt zu sein denn was Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit anbelangt, hat die Bierstädter Linie von jeher den Rekord geschlagen.

* Die Reklame. Zur Einschränkung des Verbrauchs von elektrischer Arbeit und Gas. Darnach wird der Straßenbahnverkehr auf das allerwenigste Maß vermindert und der Verbrauch der Kraftstromabnehmer auf 60 Prozent eingeschränkt. Läden dürfen bis 6 Uhr und Büros bis 5 Uhr nachmittags Licht verbrauchen. Die Polizeistunde wird für Kurios, Theateroper und Offizierskasinos auf 11 Uhr und im übrigen für Restaurants und Kaffeehäuser auf 9.30 Uhr festgesetzt. Für Hotels gilt bezügl. der Gesellschaftsräume daselbe wie für Restaurants und Kaffeehäuser. Gänzlich verboten sind Lichtklame, Schaufensterbeleuchtung, und Außenbeleuchtung von Geschäftshäusern, Hotels usw. Die Straßenbeleuchtung wird von 10.30 Uhr an auf die Hälfte vermindert.

(Gemeinheiten. Am gestrigen Abend, das Tageslicht scheuend, wurden eine Anzahl Flugblätter verbreitet, welche sich gegen zwei führende Männer der soz. Partei richteten. Selbst wenn alle diese Anklagen vollständig wahr sind, so ist eine solche Kampfesweise gemein und verwerflich. Warum hat man nicht den Mut in öffentlicher Versammlung solchen Herren ihr Sündenregister vorzuhalten. Der Anonymus, der in solch gehässiger Form auftritt, ist immer ein armseliger Tropf.

(Feld diebstähle. Während Obstdiebstähle selten zu verzeichnen waren mehren sich jetzt die Diebstähle im Felde. So wurden einem Landwirte von einem Acker über 30 schwere Weizen und Weizen ausgefressen. Das gestohlene Gut wurde mittels Karren abtransportiert.

* Der Wahlvorsteher veröffentlicht in vorliegender Nummer, die am Sonntag stattfindende Wahl von 18 Gemeindevertretern. Die Namen der Kandidaten, die da neu in das Ortsparlament einziehen möchten um zum Besten der Einwohner zu wirken, sind bereits in voriger Nummer dieser Zeitung bekanntgegeben. Hoffen wir, daß sie halten was sie in ihren Vereinen versprochen. Einzelne Namen haben einen recht guten Klang und berechtigen zu Hoffnungen.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

100 Gramm Süßrahm-Margarine zum Preise von 120 Hg. auf Folge 2 der Zettkarte.
150 Gramm Gries und 250 „ Haserfloren } zum Preise von zusammen 65 Hg. auf Folge 5 der Lebensmittelkarte.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt in sämtlichen Rundengeschäften am Freitag und Samstag dieser Woche in der Reihenfolge wie bisher.

c) Mitteilungen:

Falls noch ausländische Lebensmittel eintreffen, wird die Ausgabe derselben durch Anschlag bekanntgegeben; desgl. die evtl. Fleischverteilung.

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 18 (Jnh. Bw. Stern, Langgasse) jedoch nur für solche Kartensorten der Lebensmittelkarten in denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche Anzahl Zettkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt.

Die Kranken-Nährmittel werden bis auf Weiteres von jetzt ab im Geschäft Nr. 16 (Jnh. V. Stadtmüller Ww., Wilhelmstraße am Freitag und Samstag jeder Woche verteilt. — Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufern, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Läden, Einwickelpapier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. — In den Fleischläden sind alle Brotkarten vorzulegen. — Selbstverpacker von Fleisch (Hauschlachtungen), Haserfloren (Mahlartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben soweit dies nicht geschieht, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Bezugung wird strafrechtlich verfolgt.

Bierstadt, den 13. Oktober 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

bezt. Gemeindevertreterwahl.

Für die Neuwahl von 18 Gemeindevertretern für die Gemeinde Bierstadt lade ich die Wähler und Wählerinnen hiermit auf Sonntag, den 26. Oktober 1919 ein.

Die Wahlhandlung beginnt vormittags 9 Uhr und endet nachmittags 8 Uhr.

Die Wähler des I. Stimmbezirks wählen in der Schule an der Adlerstraße und die Wähler des II. Wahlbezirks im Rathausaal. Zur Erleichterung des Wohlgeschäfts und zur Legitimation werden die Wähler dringend ersucht die ihnen zugestellten Benachrichtigungen über ihre Aufnahme in die Wählerliste mitzubringen und vorzuzeigen. Bierstadt, den 22. Oktober 1919.

Der Wahlvorsteher: Hofmann.

Diejenigen Haushaltungen, welche den Einmachzucker noch nicht bezogen haben, werden hiermit nochmals aufgefordert, denselben nunmehr spätestens bis zum Samstag dieser Woche in einem der hiesigen Kundengeschäfte zu beziehen, da von dem demnächst zur Ausgabe gelangenden Oktober-Zucker auf die Einmachzuckerkarte nichts verabsolgt werden darf.

Auf der Bürgermeisterei hieselbst sind Holzkohle für Kinder und Erwachsene zu haben.

Am Freitag, den 24. Oktober cr. werden neue Kartoffelarten unter Angabe der Brotarten Nr. ausgegeben.

Die noch rückständigen Einkellungsbeiträge müssen gleichzeitig eingelöst werden.

Bierstadt, den 22. Oktober

Der Bürgermeister Hofmann.

Glycerin

gegen Schrunnen, raue und rissige Hände.

DROGERIE LEHMANN

Wiesbadenerstr. 4 — Fernspr. 3267.

Der

Demokratische Bürgerverein

läßt die Einwohnerschaft Bierstadts zu der Samstag, den 25. Oktober, Abends 8 Uhr im „Taunus-Restaurant“ stattfindenden

Öffentlichen Versammlung.

Thema: Bedeutung der Gemeindevahlen.

Wählt die Liste: Körschner

Karbid,

Karbid-Lampen,
Kaffeeröster, Gaslampen,
Brenner, Zyl. Glühkörper,
Gaslöcher, Brat- u. Back-
hauben, Badewannen, Bade-
öfen, Zappföhne und
Gartenschläuche zu verkauf.
Krause, Wiesbaden,
Welltriftstraße 10.

Wer

Ziegen und Hasen
zu schlachten hat, wende
sich an

Jacob Levy, Bierstadt,
Erbenheimerstraße 10.
Kaufe auch **Hasen- und**
Ziegenfelle zu höchsten
Preisen

Reinen

Gährungseffig
per Liter 80 Pfennig

Drogerie Lehmann,
Drogen — Farben —
Kolonialwaren, Bierstadt,
Wiesbadenerstr. 4 Tel. 3267

Schönes Weißkraut

zu verkaufen.

Gärtnerei Roth,
Bierstadt.

Künstl. Blumen
für Vasen und Spiegel

Brautfränze

in grün-, silber- und
Goldmützen. **Silber-**
förbe zu Geschenken.

B. von Sauten

47 Friedrichstraße 47,
Wiesbaden.

Wirtlich vorräthig ab 600 Mr.

Schreib-
Maschinen

großes Lager. Ankauf.
H. Günzburg, Mainz,
Hindenburgstraße 19. Tel. 915

Geschäfts-Verlegung

Unsere Geschäfts- und Verkaufsräume
befinden sich jetzt

Wiesbaden, Kirchgasse 27

Tapezierer-Genossenschaft

Telephon 6572.

Trauringe

„fagenlos“
moderne Kugelform,
in 8, 14 und 18 Krt.
Eigene Anfertigung.
Billigste Preise.

C. Struck Gold-
schmied
Wiesbd., Michelsh. 15.

.....

Konsumverein

für Wiesbaden und Umgegend
— Filiale Bierstadt. —

Mehrere Waggon

Weisskraut

sind eingetroffen und für
11.— Mark der Zentner abzugeben.

.....

Gegen Husten

haben **Kofal-Tabletten** größte Wirksamkeit
Schachtel 1.50 und 2.50.

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4

Telefon 3267

Spezialhaus für feine
Stahlwaren

Philipp Krämer
Wiesbaden, Langg. 26
Fernsprecher 2079
Schleiferei u. Reparatur.

Coutellerie

Philipp Krämer
Wiesbaden
26 rue longue 26
alignements
et réparations

Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerflore

größte Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Genossen, Genossinnen, Arbeiterinnen und Arbeiter! Bürger und Bürgerinnen von Bierstadt!

Es hat sich eine Clique von dunklen Ehrenmännern gewagt, in unsere in 2 Versammlungen bewiesene Einigkeit einen Keil zu treiben und Streit zu stiften.

Obengenannte laßt Euch nicht täuschen!

Denn auf einige vielleicht unüberlegt ausgesprochene Worte und nur von dunklen Ehrenmännern ausgestreute Denunziationen geht nicht ein. Warum wagen denn die das Flugblatt unterzeichneten „Arbeiter“ jetzt in dem freien republikanischen Deutschland nicht ihren Namen zu nennen? Das Sprichwort lautet: „Der grösste Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!“ Darum nehmt Euch die Listen zur Hand und seht die Namen der Daraufstehenden an und ihr werdet die als „Arbeiter“ unterzeichneten Unruhestifter selbst herausfinden. Im Namen der Dunkelheit wurde das Pamphlet geschrieben, im Schutze der Dunkelheit wurde es ausgetragen. Welch schwarze Ziele werden wohl diese Herren haben, wenn sie selbst Gemeindevertreter werden sollten?

Wir legen Euch heute nur 2 Fragen vor:

Wer hat bis jetzt in der Gemeindevertretung und in allen sonstigen Kommissionen usw. die Interessen der Arbeiter, Beamten, Kleinbauern, kurz die der ganzen minderbemittelten Bevölkerung vertreten?

Wer hat während des Krieges die Interessen besonders der Kriegerfrauen vertreten?

Nur die Vertreter der Sozialdemokratie!

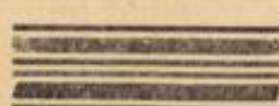
Und wer in Zukunft seine Interessen wirksam vertreten sehen möchte, der wähle am 26. Oktober nur die

Liste der sozialdemokratischen Partei

beginnend mit dem Namen



Liebig.



Das Wahlkomitee der Sozialdemokratischen Partei

I. A.: Liebig. Sulzbach.